

rium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten ein Referent dieses Ministeriums, ein Bürgerlicher, und zu dessen Nachfolger für die Angelegenheiten der Landesuniversität Hr. Wamstedt ernannt, Referent im Ministerium des Innern, Schleswig-Holsteiner, vom vorigen Ministerium in dieses Ministerium zur Bearbeitung der ritterschaftlichen Frage berufen und in derselben publicistisch und den Rittern anstößig auch thätig gewesen."

Baden. Aus Karlsruhe vom 13. Jan. meldet die Frankfurter Postzeitung: „Ich glaube nicht zu irren, wenn ich Sie versichere, daß unser Kirchenstreit einer befriedigenden Erledigung ganz nahe ist, vielleicht in diesem Augenblicke dieselbe bereits gefunden hat. Näheres hoffe ich nächstens mittheilen zu können.“

— Dem Schwäbischen Merkur schreibt man aus Freiburg vom 11. Jan.: „Dem Vernehmen nach ist Dekan Hauri von Reuenburg, weil er die Hirtenbriefe den Geistlichen seines Capitels nicht verabsolgen ließ, von dem Erzbischof suspendirt und der Dekanatsstelle enthoben worden, welche letztere Pfarrer Franz von Schlingen übertragen wurde. Hr. Hauri weigert sich aber beharrlich, dem neuernannten Dekan in partibus zu weichen und die Schriften auszuliefern. Wie es heißt, so soll noch gegen mehre Dekane aus gleichem Grunde eine ähnliche Strafe ausgesprochen werden. — Die Verlesung der päpstlichen Allocution in Betreff unsers Kirchenconflicts ist hier ohne allen bemerkenswerthen Eindruck geblieben. Es war voranzusehen, daß der Papst schon des Princip wegen das Auftreten und die Bestrebungen des Erzbischofs nicht verurtheilen werde. Eine Vergrößerung des erzbischöflichen Anhangs hat die Allocution durchaus nicht bewirkt. — Die infolge der Wahl des Stadtdirectors Burger ausgetretenen Museumsmitglieder sind bereits fast alle wieder ersetzt.“

Rassau. Die Mittelrheinische Zeitung berichtet aus Wiesbaden vom 13. Jan.: „Wie in Neudorf so sind auch in den beiden vom Bischof einseitig besetzten Pfarren Niederbrechen und Rentershausen am 7. Jan. die betreffenden Kreis- und Recepturbeamten erschienen und haben dem zusammengerufenen Kirchenvorstande eröffnet, daß die Regierung die vom Bischofe einseitig ernannten Pfarrer nur als Pfarrverwalter (im Interesse der Gemeinden, damit die Seelsorge keine Unterbrechung leide) anerkenne, in dessen Folge ihnen nur die festgesetzte Tagegebühr der Pfarrverwalter von 1 Fl. 12 Kr. zukomme. Die Pfarrkassen mit Geldern und Parrobligationen wurden zum Behuf der Sequestration von den Beamten hierauf in Empfang genommen. In Rentershausen soll der Kirchenvorstand vom Pfarrer zu einem Protest bewogen worden sein, während es dem Pfarrer von Niederbrechen nicht gelang, eine Unterstützung für seine Protestation zu finden. Die Deutsche Volkshalle ruft bei dieser Gelegenheit die Bestimmungen des Westfälischen Friedens und des Reichsdeputationshauptschlusses zum Schutz an. Der Westfälische Friede ist aber niemals von der Kirche anerkannt worden; warum beruft man sich jetzt darauf?“

Kurhessen. Dem Nürnberger Correspondenten wird aus Frankfurt a. M. vom 11. Jan. geschrieben: „Die Kölnische Zeitung und nach ihr fast alle deutschen Zeitungen haben jüngst mitgetheilt, daß der König von Preußen keinen Brief an den kurhessischen Ministerpräsidenten bei Gelegenheit der bekannten Fienburg'schen Affaire geschrieben habe. Auf Grund eingezogener sicherer Nachrichten sehe ich mich veranlaßt, hierauf Folgendes zu erwidern. Es ist eine Vielen bekannte Thatsache, daß Hr. Hassenpflug's Verehrer vor ungefähr vier Wochen bemüht waren, in allen ihnen zugänglichen Kreisen der kurhessischen Residenz Abschriften des mehrerwähnten königlichen Schreibens zu verbreiten, und daß Hr. Hassenpflug selbst mit Genugthuung den Empfang eines solchen Schreibens constatirte. Nun ist doch keineswegs zu vermuthen, daß man in den höchsten Regierungskreisen des Kurstaats nichtgeschriebene Briefe einer allerhöchsten Person als geschrieben und empfangen fingire. Außerdem aber hat weder die amtliche Kasseler Zeitung, noch irgendein berliner Blatt, noch auch ein sonstiges zu ministeriellen Mittheilungen, resp. Berichtigungen, benutztes Organ der deutschen Presse meine Nachricht als unwahr bezeichnet, und es will mir fast scheinen, als habe sich die Kölnische Zeitung zu einer Berichtigung mißbrauchen lassen, welche jeder Begründung ermangelt. Noch ein innerer Grund ist vorhanden, der den Umstand, daß der König einen solchen Brief an Hr. Hassenpflug geschrieben habe, gar nicht so unwahrscheinlich macht. Noch als der bekannte greifswalder Proceß gegen Hr. Hassenpflug schwebte, sendete der König ein tröstendes Privat Schreiben, das beruhigende Versicherungen für den Fall eines übeln Ausgangs jenes Rechtsstreits enthielt, an Hr. Hassenpflug.“

Thüringische Staaten. □ Weimar, 13. Jan. Der Vertreter der thüringischen Zollvereinsstaaten, geheime Staatsrath Thon, hat sich gestern wieder nach Berlin begeben, um den Schlussverhandlungen der Zollvereinsconferenz beizuwohnen. — Gestern Nachmittag wurde der Hof mit einem Besuche des Herzogs und der Herzogin von Gotha erfreut. Abends besuchten dieselben das Theater, wo die Oper „Wilhelm Tell“ von Rossini zur Aufführung gebracht wurde.

° Gotha, 13. Jan. Bekanntlich fand vor etwa zwei Jahren hier ein bedeutender Postdiebstahl statt; irren wir nicht, betrug die gestohlene Summe 7000 Thlr. Nachdem bis jetzt trotz aller fortgeschrittenen Nachforschungen nichts entdeckt werden können, sind gestern zwei an dem Diebstahl theilhaftig Gewesene hier eingezogen worden, die auch das Verbrechen gestanden haben. Einen Theil des geraubten Geldes hat man nach ihrer Angabe in einem Garten und Werthpapiere unter dem Dache eines Gartenhauses gefunden.

Oldenburg. Aus Jever bringt die Oldenburgische Zeitung folgen-

des Nähere über die Bestimmungen des oldenburg-preussischen Kriegshafenvertrags: „Oldenburg tritt die südöstliche Ecke des Kirchspiels Heppenfer Trift gebildet wird (und ein kleines Stückchen des gegenüber liegenden Butjadingerlandes), mit Staatshoheit an Preußen ab. Gleichzeitig verspricht Oldenburg der Krone Preußen die Erwerbung von Privateigenthum in einem weitem Umkreise zu erleichtern und nicht zu hindern; daß die Gebäude in diesem Umkreise abgebrochen werden, und nicht zu gestatten, daß dort ein Handelsabtablissement sich bilde. Preußen übernimmt den Schutz der oldenburgischen Handelsflagge und die Kosten der Betonung der Jahde, unterwirft sich den oldenburgischen Anordnungen bezüglich des Deichwesens, zahlt eine halbe Million preussischer Thaler, baut eine Chaussee zur Verbindung seines neuen Gebiets mit der Jever-vareler Chaussee und gestattet, daß Oldenburg sich beliebig mit Zweigleisenbahnen anschliesse, sobald Preußen eine Eisenbahn von Minden aus zu bauen entschlossen und im Stande ist.“

Mecklenburg. Rostock, 13. Jan. Die Zahl der im Jahre 1853 über Hamburg aus Mecklenburg Ausgewanderten beträgt nach einer Mittheilung der Hansa die enorme Zahl von 7310, mehr als der vierte Theil der gesammten hamburgischen Auswanderungsbeförderung (29,096), nahezu die Hälfte des gesammten Betrags der jährlichen Geburten in Mecklenburg (circa 17,000 nach Abzug der Todtgeborenen), mehr als der wirkliche Zuwachs der Bevölkerung nach Abzug der Todesfälle. Das mitgenommene Capital läßt sich (circa 200 Thlr. per Kopf) auf mindestens 1½ Mill. Thlr. berechnen.

Freie Städte. Bremen, 14. Jan. Dem Vernehmen nach haben am 9. Jan. die Unterzeichner der im December v. J. dem Senat eingereichten Eingabe wegen Wiederaufnahme der Verhandlungen über diejenigen Paragraphen der Verfassung, welche die Verhältnisse der Nichtchristen angehen, ihr Gesuch an den Senat erneuert, da ihnen bis dahin kein Bescheid erteilt worden war.

— Der National-Zeitung schreibt man vom Main vom 12. Jan.: „Nachstehende genaue Angaben über die Abonnementsverhältnisse des Journal de Francfort dürften ein weiteres Interesse um deshalb haben, weil sie Andeutungen darüber geben, in welchen Orten die russische Politik, über welche das genannte Organ, wie allgemein angenommen wird, inspirirt ist, die meisten Anhänger zählt. Nach Baiern gehen auffallenderweise nur sehr wenige Exemplare und zwar nach Nürnberg 2 und nach Regensburg 3. Preußen ist schon besser versorgt; es gingen dahin im abgelaufenen Semester: nach Berlin 17, nach Köln 13 Exemplare. Heidelberg (wahrscheinlich als Hauptpostamt für den Oberrheinkreis) hatte 30, Mailand 41, Warschau 41, Petersburg 214, Wien 125, Darmstadt 14, Dresden 9, Riga 12 Abnehmer. An die Gesandten und Minister in Konstantinopel wurden außerdem fast täglich einzelne Exemplare sous bande geschickt.“

Schleswig-Holstein. Der Weser-Zeitung schreibt man aus Hamburg vom 12. Jan.: „Von einem heute aus Flensburg hier eingetroffenen glaubwürdigen Manne erfahren wir, daß die Session der schleswigischen Provinzialständerversammlung, nachdem sie über drei Wochen gedauert, am 10. Jan., also genau an dem durch die letzte Verlängerung festgesetzten Termine, in einer Abend Sitzung geschlossen worden. Am Morgen des 10. Jan. wurde das Protokoll über die in der Sprach- und Verfassungsfrage gefaßten (sowol im Allgemeinen als auch, wenige und unbedeutende Paragraphen des Regierungsentwurfs abgerechnet, im Einzelnen lautenden) Beschlüsse verlesen; indessen soll sich der Präsident, auf die Verordnung vom 15. Mai 1854 sich stützend, geweigert haben, die ablehnenden Majoritätsbeschlüsse in das der Regierung zuzustellende Bedenken aufzunehmen. Ein vom Abg. Rommsen gegen diese Auslassung erhobener Protest scheint dadurch wirkungslos geworden zu sein, daß die dänischgesinnte Minorität durch ihr Nichterscheinen die Versammlung beschlußunfähig gemacht hatte.“

— Aus Rendsburg vom 11. Jan. berichten die Hamburger Nachrichten: „Als das Neueste ist zu betrachten, daß unterm gestrigen Datum der Eisenbahnbau inhiert worden ist. Man kann wohl denken, daß die Gründe hierzu verschiedenartig gesucht werden! Am schlimmsten ist, daß eine Menge Arbeiter dadurch ohne Beschäftigung geworden, und da der Schachtploß ihrer Thätigkeit ganz in unserer Nähe gewesen, so hat auch unsere Stadt den ersten Andrang abzuhalten.“

Oesterreich. \* Wien, 15. Jan. (Telegraphische Depesche.) Die offizielle Oesterreichische Correspondenz enthält einen Finanzartikel, wonach die mehrfach besprochene Anleihe demnächst nicht aufgelegt wird, da für die nächste Zeit die Mittel zur Begleichung der Ausgaben vorhanden seien.

— Der Neuen Preussischen Zeitung schreibt man aus Wien vom 12. Jan.: „Daß die russischen Gesandten in Paris und London am 10. Jan. bereits Vorkehrungen zur Abreise getroffen haben, wie man hier und da behauptete, dürfte sich zwar vorläufig nicht bestätigen; gewiß ist es, daß in den Instructionen dieser Gesandten, der H. v. Kisselew und v. Brunnow, die Fälle bezeichnet sind, in welchen sie ihre Pässe verlangen sollen. Daß aber das Einlaufen der Flotten in das Schwarze Meer einer dieser Fälle ist, steht außer allem Zweifel. Die Abreise der Gesandten könnte daher vielleicht nur einen Aufschub erfahren haben, wird aber jedenfalls stattfinden, es müßte denn der Diplomatie gelingen, die bereits zerrissenen Fäden neuerdings anzuknüpfen. Was die Frage betrifft, ob der Kaiser von Rußland einen Congreß beschicken wird, so dürfte dieselbe gegenwärtig wol schon erledigt sein; denn es ist gewiß, daß dies nicht geschehen wird, wenn der Congreß auf Grundlage der in Konstantinopel vereinbarten Punkte berathen

hoffen  
Waffen  
und M  
Result

das G  
sammen  
aller

„Von  
die bar  
Die K  
man h  
legungs  
der pol  
sprochen  
einer e  
Finanz  
bei den  
Grenze  
betragen

denten:  
durch r  
Kirche  
geschlo  
Kowst  
mit me  
ihrer g  
die orie  
zu eifri  
fionare

Frage  
Fogliar  
reich d  
Abg. K  
lung de  
Herosee  
vorgeleg  
desversa  
eignet

machte  
sten bez  
für erh  
nommen  
wird; t  
zu einer  
rath sei  
beschrän  
geben,  
bürg er  
da heut  
burg ge  
reicht w  
holt abg

R  
vom 28  
seinem  
Bischöfe  
nichts  
Modus,  
in ihren

Stiftung  
zu festig  
Bevölk  
in den  
Mönche  
legialen  
rung 1  
Mönche  
legialen  
Seelen.  
dengeistl  
Katholik

8 P  
ministe  
des chr  
lassen,  
gen zur